

Die „Saibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenspalte oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Steuer per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Saibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. December d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß dem Unterleutnant zweiter Klasse, Kunibert Drennig, des Infanterie-Regiments Prinz Hohenlohe-Langenburg Nr. 17, für die mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung eines Kindes vom Tode des Ertrinkens der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekanntgegeben werde.

Das k. k. Finanzministerium hat den Finanz-Bezirksdirektor für den Prager Kreis, Franz Pecher, und den Finanz-Bezirksdirektor zu Saaz, August Schmid, zu Finanzräthen im Oremium der Finanz-Landesdirektion in Prag ernannt.

Das k. k. Finanzministerium hat den Finanz-Bezirksdirektor zu Zara, Finanzrath Rudolf Ritter v. Küffner, in gleicher Eigenschaft auf die zu Otrudin in Böhmen erledigte Finanz-Bezirksdirektorsstelle versetzt und zu Finanz-Bezirksdirektoren in Böhmen mit dem Titel und Charakter eines Finanzrathes den Grenz-Inspektor und Amtsdirektor zu Karlsbad, Alfred Ellmayer für Saaz, den Finanzsekretär der böhmischen Finanz-Landesdirektion, Ludwig Ritter von Radherny, für den Prager Kreis, und den Finanzwach-Oberinspektor in Böhmen, Johann Skala, für Jicin ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Keine Worte, sondern Thaten.

So betitelt sich eine neue Broschüre über die ungarische Frage, die uns darum von Bedeutung sein scheint, weil sie von einem Ungar verfaßt ist und entschieden praktische Vorschläge enthält. Der Verfasser dringt auf die Einberufung des ungarischen Landtages als des einzigen tauglichen Organes für eine Verständigung und übt eine feine Kritik des bisherigen Verhaltens der ungarischen Hofkanzlei, welche bisher noch gar nichts gethan habe, diesen Landtag vorzubereiten. Der einzige Grund, welcher bisher von der Einberufung des Landtages abgehalten, sei mit dem Ablauf der gesetzlichen dreijährigen Periode beseitigt, die Mandate der früheren Landtagsabgeordneten seien bald erloschen und dann könne man ohne Besorgnis der Passivität zur Anordnung von Neuwahlen schreiten. Für den neuen Landtag sind königliche Propositionen vorzubereiten und es müssen dieselben von der Regierung auf dem Landtage selbst entschieden vertreten werden. Der Landtag dürfe nicht wieder gegenstandslos den Ausschreitungen der üblen Laune und der Leidenschaften der Deputirten überlassen werden.

Welcher Art sollen nun nach der Meinung des Verfassers die königlichen Propositionen sein, welche sind die Ausgleichsvorschläge? Wir drängen dieselben in Kürze zusammen. Der Gesamt-Reichsrath muß sich klar als ein selbstständiger Körper von der Vertretung mit einer anderen Vertretungskörperschaft, dem engeren Reichsrathe loslösen und der vage Begriff „Reichsfinanzen“, welcher in den Grundgesetzen vorkommt, müsse eine nähere Interpretation im Geiste der Februar-Verfassung selbst erfahren. Von den Reichsfinanzen, welche sich immer auf die gemein-schaftlich zu behandelnden Angelegenheiten, wie Armeekassen, Staatskreditwesen u. s. w. beziehen, sind die Landesfinanzen oder die Budgets der einzelnen Hofkanzleien, welche nach dem Geiste der Verfassung gar nicht in das Reichsbudget gehören, zu trennen. Für die Bedeckung der Posten, welche aus dem Reichsbudget

ausgeschlossen würden, hätten die hierzu berufenen Landtage und beziehungsweise der engere Reichsrath im Wege der Selbstbesteuerung und vollen Autonomie zu sorgen. Das ist kurzgefaßt das Wesen der materiellen Vorschläge.

In Bezug auf die Form der Verständigung ist der Verfasser der Ansicht, die Regierung habe die Februar-Verfassung dem ungarischen Landtage zur Inartikulierung vorzulegen, welcher hierbei seine Bedenken gegen die Februar-Verfassung hervorheben und die Gründe geltend machen werde, welche die unbedingte Annahme derselben verwehren. Diese Bedenken würde der Landtag voraussichtlich in der Form einer Adresse an den Monarchen zusammenfassen.

Damit wäre das neue staatsrechtliche Verhältnis Ungarns gegenüber der Gesamtmonarchie in der Art, wie Ungarn sich daselbe denkt, präzisiert und dem Verfasser erscheint es undenkbar, daß — die selbstständige Stellung der Reichsvertretung und die genaue Abtrennung der Landesachen von den Reichsangelegenheiten vorausgesetzt — der ungarische Landtag nicht von dem Auerbleiben einer Verathung „von Fall zu Fall“ zur Anerkennung des in der Februarverfassung niedergelegten Prinzips einer stabilen Reichsvertretung vorschreiten sollte. Der Staatsminister wird die Vorschläge Ungarns vor den Reichsrath bringen, da Verfassungsänderungen nur in und mit dem Reichsrathe beschlossen werden können, und der Verfasser zweifelt nicht, daß dieser den Weg finden werde, mit dem ungarischen Landtage zur weiteren Austragung der Differenz in unmittelbare Berührung zu treten. Das staatsrechtliche Verhältnis Ungarns zur Monarchie berührt die Gesamtheit; ist jenes festgestellt, so bleibt alles Uebrige eine res interna zwischen Ungarn und dem Monarchen. Die Versöhnung von Municipalismus und Parlamentarismus, die Nationalitätenfrage, die Verhandlung mit Kroatien und Siebenbürgen wegen Schließung eines Unionbundes, die Justizreorganisation sind Gegenstände, bezüglich welcher Ungarn freie Hand gewährt bleibt.

In dem, offenbar aus dem Lager Deal's hervorgegangenen Vorschlage, einen Nothstandslandtag einzuberufen, steht der Verfasser das Zeichen der Geneigtheit zur Versöhnung — welche endlich einmal zu Stande kommen muß.

63. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 17. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Meisner, v. Plener, v. Caffer, Ministerialräthe Rodda und v. Luccam.

Verliest werden: Finanzauschussbericht über eine Nachtragsforderung für die siebenbürgische Hofkanzlei und Bericht des Ausschusses in Angelegenheiten der Subventionen und Zinsgarantien über die ihm zugewiesene Petition der österreichischen Industriellen.

Vizepräsident v. Hopfen theilt dem Hause den Tod des Abgeordneten Grafen Consolati mit.

Abg. Sartori widmet dem Geschiedenen einige Worte der Erinnerung. Er wolle nicht die allbekannte Ehrenhaftigkeit seines Charakters, seine Unabhängigkeit an das Kaiserhaus betonen. Hervorheben wolle er aber, daß derselbe das Mandat für den Reichsrath übernommen habe, als dazu ein gewisser Muth gehörte, und daß er in höherem Alter die Ruhe und das Glück seines Familienlebens seiner patriotischen Pflicht zum Opfer brachte. Ein solcher Charakter verdiene nicht nur Achtung, sondern Verehrung.

Die Mitglieder erheben sich zum Zeichen ihrer Theilnahme von ihren Sitzen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den Jahresbericht der Staatsschuldenkontrollkommission, Berichterst. Baron Dobhoff.

Der Bericht spricht am Schlusse aus, daß sich dem Ausschusse

„bei Beurtheilung des vorliegenden Jahresberichtes überall die Ueberzeugung aufgedrungen habe, wie nur ein unermüdlicher Eifer und eine umsichtsvolle aufopfernde Thätigkeit im Stande sein konnte, in einem verhältnißmäßig kurzen Zeitraume den seiner Natur und seinem Umfange nach schwer wiegenden Gegenstand, wie das Schuldenwesen des Staates, so vollständig zu durchdringen und zu bewältigen, als es der Staatsschuldenkontrollkommission des Reichsrathes gelungen ist.“

In der Generaldebatte erwähnt

Laßkewitz, daß seit der Drucklegung des Berichtes die Regierung an die Nationalbank bereits eine Abschlagszahlung geleistet habe.

Winterstein hebt einige Differenzen zwischen diesem und dem früheren Rechenschaftsbericht hervor.

Der erste Antrag:

„Die Umwandlung der in österr. Währung ausgestellten Staatsschuldverschreibungen in auf Conventionsmünze lautende Obligationen habe zu unterbleiben“; wird ohne Debatte angenommen.

Der zweite Antrag lautet:

„Die am 31. Oktober 1861 bestandene Ueberschreitung der in der kais. Verordnung vom 17. November 1860 für die Münzscheine festgesetzten Maximalsumme von 12 Millionen um 508.156 fl. und die am 31. Oktober 1862 ohne Berechnung der in den Kassen erliegenden Münzscheine sogar bis auf 1,098.196 fl. eingetretene Erhöhung dieser Ueberschreitung wird ernstlich gerügt und gewärtigt, daß jede wie immer geartete, selbst auch nur zeitweilige Ueberschreitung der gesetzlich festgesetzten Maximalsumme ganz zuverlässig werde vermieden werden.“

Der Ausschuss findet mit Rückblick auf Artikel 3 des am 17. November 1863 erlassenen Gesetzes über die Benützung des öffentlichen Kredits zur Bedeckung eines Theiles der Staatsausgaben in der Finanzperiode 1864 und auf den faktischen Stand der Münzscheine diesen Antrag nicht mehr begründet. Das Haus tritt dieser Ansicht nach einigen Bemerkungen Herbst's bei.

Dritter Antrag:

„Die Einbeziehung der Ertragnisse der Staatsslotterien zu Wohlthätigkeitsanstalten in die schwebende Staatsschuld überhaupt und insbesondere im Wege der Staatsdepositenkasse hat zu unterbleiben.“

Vierter Antrag:

„Die bei dem Stande der in Folge des mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. Juni 1851 aufgenommenen Anlehens, Serie A, ursprünglich ausgegebenen, mit 2½ Prozent verzinslichen Obligationen pr. 17.288.500 fl. eingetretene Vermehrung auf 20.885.900 fl. entspreche nicht dem Wortlaute dieser Allerhöchsten Entschliessung und hätte unterlassen werden sollen.“

Fünfter Antrag:

„Die Ausfertigung und Hinausgabe von Obligationen des Nationalanlehens vom Jahre 1854 im Wege der Nachsicht des eingetretenen Verfalls eingezahlter Rationen und Raten kann im Sinne des §. 10 des Staatsgrundgesetzes nur mit Zustimmung der Reichsvertretung stattfinden.“

Sechster Antrag:

„Die in dem Finanzgesetze für das Jahr 1863, pag. 333 R. G. Bl. in der Staatschuld B unter e erscheinende Benennung „Laudemialentschädigungsrenten“ sei in dem nächsten Finanzgesetze in die richtige „Zinsen für die Laudemialentschädigung“ umzuändern.“

Siebenter Antrag:

„Die Anszichung der Ueberschüsse einzelner Grundentlastungsfonds sei nicht in der Ordnung gewesen und habe für die Zukunft zu unterbleiben.“

Achter Antrag:

„In den Staatsschuldverschreibungen, welche in Folge der mit Ministerialkündmachung vom 26. October 1858 eingeleiteten Konvertirung auf österreichische Währung in letzterer ausgefertigt werden, ist, da solche gegenwärtig bereits nur mit einem späteren Datum als das Gesetz vom 13. December 1862 ausgestellt werden können, ersichtlich zu machen, daß dieselben der in §. 13 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Gegenzeichnung der reichsräthlichen Staatsschuldenkontrollkommission nicht unterliegen.“

Neunter Antrag:

„Die Abwicklung des mit der priv. österreichischen Nationalbank abgeschlossenen Depotgeschäftes, vermöge welchem derselben 3.106.000 fl. Vottoanlehen, Obligationen vom Jahre 1860 gegen einen Vorschuß von 1.850.000 fl. verpfändet sind, habe wo möglich mit dem nächsten Verfallstermine; desjenigen hingegen, vermöge welchem am 30. April 1863 das Depot des Staates in Silber gegen gleichen Betrag in Banknoten al pari 449.400 fl. bestragen hat, aber sogleich einzutreten, weil nach §. 62 der neuen Bankstatuten solche Geschäfte zwischen der Finanzverwaltung und der Nationalbank nicht gestattet sind.“

Zehnter Antrag:

„Jede wie immer geartete Vermehrung der schwebenden Staatsschuld, also auch durch Hinausgabe von Partialhypothekaranweisungen und auch Depotgeschäfte, bedarf, insoweit nicht auf Grund des §. 13 des Staatsgrundgesetzes nach Zulaß der verfassungsmäßigen Beschränkungen eine Ausnahme Platz greift, in ihrem rechtswirksamen Bestande der Zustimmung des Reichsrathes.“

Elfter Antrag:

„Die Verpfändung der dem Lombardisch-venetianischen Amortisationsfonds gehörigen 3.500.000 fl. österr. Währ. Obligationen gegen einen mit Ende Juni 1863 fälligen Vorschuß von 1.000.000 fl. in Silber war ein ordnungswidriger Vorgang, da dieser Fonds seine eigene gesetzliche Bestimmung hat, und ist dieses Geschäft wo möglich mit dem Verfallstermine unverzüglich abzuwickeln“, werden ohne Debatte angenommen, ebenso die Anforderungen, deren Wortlaut wir morgen folgen lassen.

Die oben erwähnte Schlussbemerkung des Ausschusses begleitet das Haus mit lebhaftem Beifall.

Die Verhandlung über das Puncirungsgesetz wird auf Herbst's Antrag ausgesetzt, damit die Mitglieder sich über den Gegenstand noch orientiren können.

Kaiser erstattet den Bericht über die Personal-, Luxus- und Klassensteuer. Der Ausschuss beantragt, vorläufig nur auf die Luxussteuer einzugehen.

Der Finanzminister erklärt, in Anbetracht der vorgerückten Zeit ziehe die Regierung ihre Vorlage über eine Personal- und Klassensteuer zurück.

Die Debatte über das Luxussteuergesetz wird, nachdem §. 1 und 2 angenommen worden sind, auf Antrag Potocki's unterbrochen, da die polnischen Mitglieder erklären, sie seien auf die Verhandlung nicht vorbereitet und man habe ihnen die Vertagung versprochen.

Schluss der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.

64. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 18. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister v. Laffer, Freiherr v. Burger, Dr. Hein; Vicehofkanzler Freiherr v. Reichenstein, Ministerialrath v. Schwarzwald.

Der Gebührenregeleauschuss berichtet über die ihm überwiesenen Anträge.

1. Antrag Ryger's auf Einführung einer Jagdkartengebühr von 10 fl.

Der Ausschuss beantragt 6 fl. zu normiren.

Abg. Herbst erklärt sich gegen den Antrag, weil die Jagd nicht überall Luxus sei, weil es noch vielerlei unbesteuerten Luxus gebe und weil die Angelegenheit nicht in dem Gebührenregele erledigt werden könne. Man möge das der Landesgesetzgebung überlassen.

Abg. v. Eiseleberg. In Oberösterreich bilden die Jagdkarten eine Einnahme der Gemeinde; die höhere Steuer würde die Jagd zu einem Monopol des Patrionismus machen und die Bevölkerung gegen dieses verstimmen.

Abg. Ryger bestreitet die letztere Behauptung; gegen Herbst bemerkt er, daß auch Bären- und Wolfesjagden zu den Vergnügungen gehören. In diesem Zweige der Gesetzgebung scheine der Herr

Professor nicht hinlänglich versiert zu sein. Uebrigens erkenne, wer die Einführung der Landesgesetzgebung überlassen wolle, doch principiell die Zweckmäßigkeit der Steuer an, und die Lage der Finanzen rechtfertige den Antrag an dieser Stelle. Mit demselben Recht, wie Herbst die Gebühr für Wappenstein aus dem Gebührenregele ausschneiden wolle, könnte man das ganze Gebührenregele zerfasern und an andere Gesetze vertheilen. Auf dem Wege der Landesgesetzgebung werde die Sache nur verschleppt werden.

Abg. Gull beschwert sich über die überstürzte Erledigung wichtiger Vorlagen seit dem Eintritt der Siebenbürger. Er halte die Frage für eine Landesache, wolle sich aber auf den Standpunkt des Reichsvertreters stellen. Die Gebühr solle nicht das Jagdrecht erteilen, besteuern könne man dieß nur durch die Einkommensteuer. Aus Erfahrung könne er die Maßregel, wenn sie zum Schutz der Jagd dienen solle, als unzweckmäßig bezeichnen, nur die Wilddieberei werde umsomehr überhandnehmen.

Abg. Waser. Ryger, so gut er sonst treffe, habe diesmal über das Ziel hinausgeschossen. Wenn sich auch nicht, wie der Vorredner behauptete, das Jagdrecht von selbst verstehe, besteuern könne man es nicht durch das Gebührenregele. Da die Jagd auf Bären und Wölfe frei sein soll, werde jeder seine Jagdkarte angeblich für diesen Zweck lösen. Finanziell hält er die Steuer für unbedeutend, werde der kleine Grundbesitz von der Jagd ausgeschlossen, so werde das Jagdrecht erst recht gefährdet.

Nachdem Baritiu noch gegen und Ryger für den Antrag gesprochen, wird der Antrag verworfen.

2. Herabsetzung der Gebühr von dem unbeweglichen Eigenthum von Actienunternehmungen etc. etc. von 3 auf 1½ Percent — wird ohne Debatte angenommen.

Abg. v. Döblichhoff zieht seinen Antrag zurück. Die dritte Lesung des Gebührenregeles wird sofort vorgenommen.

Mehrere Petitionen, welche sich auf das Gebührenregele beziehen, werden nach dem Antrage des Ausschusses an die Regierung überwiesen.

Abg. v. Ingram berichtet über eine Nachtragsforderung der siebenbürgischen Hofkanzlei pr. 83.775 fl.

Es werden bewilligt für die Regulirung des Marosflusses 48.000 fl., für die Zwecke der Aufbesserung der Dotation des Bischofs, für die Errichtung eines Konvikts und für die Förderung der theologischen Lehr- und Erziehungsanstalt (griechisch-orientalisch) 25.000 fl., und als Befolgung des Combes Schmidt vorschussweise 5.775 fl.; — zugleich wird die dritte Lesung vorgenommen.

(Schluß folgt.)

Oesterreich.

Wien. Se. Majestät der Kaiser Ferdinand haben zur Renovirung der Filialkirche zum h. Blut nächst Voitsberg 300 fl. zu spenden geruht.

— Ihre k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben zur Vertheilung an verstümmelte arbeitsunfähige Krieger aus dem letzten Feldzuge, am h. Weihnachtstage, dem Allerhöchsten Geburtsfeste Ihrer Majestät der Kaiserin, z. H. des Bürgers Herrn Franz Anton Danning 100 fl. und ein Quantum Voden und Wäsche gnädigst übergeben lassen.

Wien, 18. December. Ihre kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Maria Annunziata, Gemalin Sr. kaiserlichen Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl Ludwig, sind heute um ein Viertel nach sieben Uhr früh zu Graz von einem Erzherzoge glücklich entbunden worden. Die höchste Wöchnerin und das durchlauchtigste Kind befinden sich wohl.

Wien, 18. December. In einem der „Ministerkrisis“ gewidmeten Artikel spricht sich das südslavische Blatt „Napredak“ dahin aus, daß Schmerling zwar den nichtdeutschen Nationalitäten nicht sonderlichen Grund zur Zufriedenheit gegeben habe, jedoch für die Durchföhrung der persönlichen Freiheit einstehe und überhaupt das Recht der Zeit und der zeitgemäßen Staatsentwicklung anerkenne, während es bei seiner etwaigen Ersetzung durch irgend einen aristokratischen Anhänger des historischen Rechtes auf eine längere Zeit um jeden Fortschritt im Staate geschehen wäre.

— Die amtliche „Gazetta di Venezia“ läßt sich aus Wien vom 16. telegraphiren: Da Frankreich die verlangten Garantien nicht gewährt, so soll Se. kais. Hoheit der Herr Erzherzog Ferdinand Max auf den Thron von Mexiko definitiv verzichtet haben.

Wir glauben dieser Nachricht gegenüber, schreibt die „G. C.“, feststellen zu müssen, daß dieselbe den hiesigen gutunterrichteten Kreisen eben so überraschend wie neu erscheint. Form und Fassung der Mittheilung berechtigen in der That zu Zweifeln an ihrer Authentizität.

Aus Triest, 11. December, schreibt man der „A. N. Ztg.“ Es ist neulich unter anderem von

einem unserer Reichsräthe die naive Frage gestellt worden: was denn unsere Kriegsschiffe seit einem Jahre in den griechischen Gewässern machen? Wir möchten gern die Frage umkehren, und sagen: was wäre wohl seit einem Jahr den österreichischen Unterthanen und Handelsschiffen in den griechischen Gewässern nicht alles begegnet, wenn unsere Kriegsschiffe nicht dort kreuzten? Zur Beleuchtung dieser Frage theile ich Ihnen folgenden Vorfall mit. Der österreichische Capitän Barolini, Eigenthümer des Schiffs „S. Spiridione“, befand sich mit demselben am 2. d. am Landungsplatz von S. Pietro (griechisches Gebiet in der Nähe von Prevesa.) Er hatte sich kaum 50 Schritte von diesem Punkt landeinwärts entfernt, als er plötzlich von vier griechischen Räubern angefallen, seiner Baarschaft beraubt und auf's grausamste mißhandelt wurde. Man fand ihn im Blute schwimmend, mit mehreren Schuß- und Stichwunden. Er wurde von seinen einwilligen herbeigeeilten Matrosen auf sein Schiff und dann nach Prevesa gebracht und ärztlicher Behandlung übergeben. Solche Dinge geschehen ganz in der Nähe eines griechischen Zollamts! Es ist constatirt, daß besonders im Beginn der griechischen Revolution unsere Staatsangehörigen in den griechischen Häfen den ärgsten Insulten bloßgestellt gewesen sein würden, wenn nicht unsere Kriegsschiffe rechtzeitig dort erschienen wären.

Graz, 20. December. Die Taufe des neugeborenen Sohnes Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl Ludwig wurde gestern Nachmittags nach 3 Uhr durch den hochwürdigsten Herrn Fürstbischof von Seckau, Grafen Altmann, unter Assisenz von vier insulirten Domherren und zahlreicher Geistlichkeit in feierlichster Weise vorgenommen. Die kirchliche Handlung fand in Gegenwart Ihrer kais. Hoheiten der Frau Erzherzogin Sophie, der Herren Erzherzoge Franz Karl, Karl Ludwig, Ferdinand Max, Heinrich und Se. königl. Hoheit des Grafen von Virgenti statt. Taufpathe war der Herr Erzherzog Franz Karl. Der neugeborene Erzherzog wurde während der heil. Handlung von Sr. Excellenz dem Herrn OM. und Oberstbofmeister Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl Ludwig, Baron Hornstein, gehalten, und erhielt die Namen: Franz, Ferdinand, Karl, Ludwig, Joseph, Maria.

Prag, 15. December. Betreffs der gegen die Unterzeichner der Studentenadresse in Angelegenheit Schleswig-Holsteins eingeleiteten Disziplinaruntersuchung kann ich mittheilen, daß die Kommission von Universitäts-Professoren, welche das Verhör der Studenten leitete, beabsichtigt, den Bericht an den akademischen Senat dahin zu erstatten, daß die Studenten bei Unterzeichnung der Adresse nicht auf ungesetzliche Weise vorgegangen sind und deshalb von jeder weiteren Untersuchung abgesehen werden möge. Eine Antwort auf diese Adresse ist bisher aus Kiel noch nicht erfolgt.

Ausland.

Berlin, 18. December. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Finanzminister v. Bodelschwingh einen Gesetzentwurf wegen des Etats ein, für den Fall eine Vereinbarung bezüglich des Budgetgesetzes nicht erzielt würde. Der Entwurf enthält nur einen einzigen Paragraph, welcher lautet:

„Der zuletzt vereinbarte ordentliche Etat soll bis zur neuen Vereinbarung fortbauern, die außerordentlichen Ausgaben sollen in der früheren Höhe, soweit dieselben für vereinbarte dauernde Zwecke bestimmt sind, ebenfalls fortbauern. Der Vorschlag des Präsidenten Grabow, den Gesetzentwurf an eine aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission zu übergeben, wurde angenommen.“

Berlin, 18. December. Abgeordnetenhand. Adressdebatte. Herr v. Bismarck, auf die Angriffe des Vorredners Birchow antwortend, sagt: Die Herzoge von Augustenburg hätten ihm wegen seiner Vermittlung ihres Abkommens mit Dänemark vom 3. 1852 noch neuerdings gedankt. Der König sei hinlänglich informiert; das Gegentheil sei Fiktion. Der Zweck der Anleihe sei klar. Auch die Regierung wolle nicht deutsche Erde, noch deutsches Recht opfern. Das Haus könne nicht ein Programm für alle Eventualitäten dikiren. Ueber die Politik Preußens können wir uns nicht näher aussprechen. Es sei Sache der Exekutive, den richtigen Weg einzuschlagen. Wenn wir einen Krieg haben wollen, können wir ihn jeden Tag haben. Falls die neuesten Privatnachrichten aus Kopenhagen sich bestätigen, werde die Regierung bald eine umfangreichere Kriegsbereitschaft am Bunde beantragen, einen größeren Kredit fordern. Durch die Verweigerung der Mittel zur Erfüllung der Bundespflicht und Verteidigung der Seeküsten übernehme das Haus eine schwere Verantwortung.

Nach fünfstündiger lebhafter Generaldebatte, in welcher sich Löwe und Bockum-Dolffs für, Waldeck gegen Erlassung einer Adresse ausgesprochen, und nach dem die Spezialdiskussion abgelehnt wurde, wird die

Adresse bei namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 107 Stimmen angenommen. Gegen die Adresse stimmten die Konserwativen, die Katholiken, Polen und ein Theil der Fortschrittspartei, darunter Waldeck, Jakoby und Lemme.

Der „Staatsanzeiger“ meldet: Der König hat wegen einer leichten Unpäßlichkeit rheumatischer Art die Vorträge abbestellt und nur kurze Zeit den Ministerpräsidenten empfangen.

Altona, 18. December. Der „Nordische Courier“ widerlegt seine Meldung, daß Herr v. Plessen nach Kopenhagen berufen worden sei. Es heißt, es sei den holländischen Oberbeamten angezeigt worden, jeder Beamte habe auf seinem Posten zu verharren und sich den Bundeskommissären zur Verfügung zu stellen. — Der „Altonaer Mercur“ meldet: Die seit einiger Zeit hier kantonirende 12pfündige Batterie ist gestern abmarschirt.

Aus **Paris** sind zuverlässige Nachrichten eingetroffen, daß der Abgesandte des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein, der dem Kaiser Napoleon ein eigenhändiges Schreiben des Herzogs zu überbringen hatte, dort überaus freundschaftlich und zuvorkommend vom Kaiser empfangen wurde.

Wie der „Contemporain“ wissen will, haben Se. Majestät der König beider Sizilien und Se. k. l. Hoheit der Großherzog von Toscana an den Kaiser der Franzosen ein höfliches Schreiben gerichtet, welchem mehr als 1600 Dokumente beigezschlossen waren. Sie lenken die Aufmerksamkeit des Kaisers auf den kläglichen Zustand der beiden Sizilien und Toscana's, erinnern ihn an feierliche Versprechen, und schließen mit der Bitte, er möge vor dem souverainen Aetropag, welcher in Paris zusammentreten soll, ihr Anwalt sein.

London. Von Lord Wodehouse sind Berichte eingelaufen. Sie erstrecken sich jedoch, wie wir vernehmen, nur auf Mittheilungen des Lords über seine Zusammenkunft mit Herrn v. Bismarck. Aus diesem geht hervor, daß die Versuche, Herrn v. Bismarck zur Einstellung der Bundesexekution zu bewegen, gescheitert sind, und daß der Einmarsch der deutschen Truppen in Holstein, wenn Dänemark die Berechtigung des Bundes zur Exekution nicht anerkennt, respektive die Haltung, welche dem Bunde diese Berechtigung geben, nicht beseitigt, seinen speziellen Charakter verlieren und den eines kriegerischen Einrückens, dessen Tragweite und Grenze sich nicht im Voraus bestimmen lasse, annehmen werde. Lord Wodehouse hat neuerdings Weisungen erhalten, Alles aufzubieten, um den König Christian zur Nachgiebigkeit zu stimmen.

Kopenhagen, 11. December. Das Hinscheiden des Königs Friedrich VII. veranlaßte den Rückzug des Stockholmer Kabinetts von dem der Unterzeichnung harrenden Entwurf zu einem skandinavischen Allianztraktate. Noch am 13. v. M. erhielt der hiesige schwedisch-norwegische Vertreter, Graf Henning-Hamilton, von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Manderström, die Weisung, das genannte Aktensstück zu unterzeichnen, worauf dann zwei Tage später so ganz unerwartet der König Friedrich mit Tod abging und in Folge dessen Graf Hamilton auf telegraphischem Wege unverzüglich davon unterrichtet wurde, daß die schwedisch-norwegische Regierung jetzt nicht länger geneigt sei, die beendeten Allianzverhandlungen zum Abschlusse gelangen und durch den Adressaten unterzeichnen zu lassen. So ist denn also in der That der Tod des Königs Friedrich zugleich zum Grabe des so sehnlichst erwarteten skandinavischen Vertheidigungsbündnisses geworden und die Zuneigung der schwedisch-norwegischen Regierung zu dem dießseitigen Kabinet ebenso wenig vorhanden gewesen, als ein Einverständnis zwischen den skandinavischen Völkern, wohl aber persönliche Sympathien der beiden Landesfürsten für einander. — Von der Niedergeschlagenheit der hiesigen Einwohnerschaft kann sich nur Derjenige einen Begriff machen, der hier am Orte lebt. Der Däne fühlt sich mit einem Male aus all seinen Lieblichkeitsräumereien aufgeschreckt, und nur die nackte Wirklichkeit starrt ihn an. Mit seinen skandinavischen Phantasien ist es aus, seitdem das Stockholmer Kabinet „den hjoelpeude Broderhaand“ (die helfende Bruderhand), auf die das Blatt „Fædrelandet“ sich noch unlängst so sehr stützte, rückwärts zurückgezogen hat.

Athen. König Georg liebt es bisweilen, den Harun-al-Raschid Athens zu spielen, und incognito durch die Straßen der Stadt und über den Markt zu gehen. Bei Handwerkern und Krämerern erkundigt er sich dann um den Aufschwung ihres Geschäftes oder den Grund des Gegenfalls. Das alles wäre recht schön, und würde dem Monarchen nebst manchem Spott auch viel Volksgunst eintragen, wenn er sich im Stande fände, hie und da nachzuhelfen, Hindernisse aus dem Wege zu räumen und Verdienste zu belohnen. — Wie man sich hier erzählt, soll aber die Börse des jungen Fürsten über alle Begriffe leicht sein. Er hätte gleich nach seiner Ankunft zu häufig

und tief hineingegriffen. Man erfährt aus der Umgebung des Königs, daß er seinem Mentor in diesem Stücke zu wenig nachahmt, denn Graf Sponeck soll ein Muster von Oekonomie und Sparsamkeit sein. Die Griechen, für sich selbst ungemein knausernd, können doch bei Fremden nichts weniger leiden, als zu weitgetriebene Oekonomie. Sie können sich vorstellen, daß der wenig beliebte Graf Sponeck durch allzu große Schaulust jener zweifelhaften Tugend die Gemüther für sich nicht eingenommen habe.

Tagesbericht.

Salzbach, 21. December.

Die Abendunterhaltung der Sänger, Turner und Schützen vorigen Samstag war wieder sehr zahlreich besucht. Der gediegene Vortrag „über Geologie“ fand lebhaften Beifall. Die nächste Zusammenkunft ist am Sylvesteraabend auf der Schießstätte.

Nächsten Sonntag findet eine Abendunterhaltung mit Tombola in den Lokalitäten des bürgerlichen Schützenvereines statt, wo zugleich auch die Wahl der Direktion vorgenommen wird.

In **Tries** wurden in diesen Tagen vollkommen entwickelte Raikäser in einem Garten gesehen. In demselben Garten trägt ein Zwetschenbaum Blüten und gleichzeitig kleine Früchte. Aehnliche Erscheinungen sind in Folge des milden Winters auch an anderen Baumgattungen beobachtet worden.

Im Bachergebirge bei Marburg wurde auf einer Jagd ein schneeweißer Hase geschossen.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) Am 23. Dec.: 1. Friedrich Bilhar und Franz Levisch — wegen Vergehen gegen die Sicherheit der Ehre; 2. Andreas Rogar — wegen Todtschlag.

Wien, 19. December.

G. C. Die eingetretene entschiedene Besserung in dem Befinden des Herrn Staatsministers ist andauernd. Se. Excellenz bringt beinahe schon den ganzen Tag außerhalb des Bettes zu. Das Zimmer wird Herr von Schmerling noch durch einige Tage kaum verlassen können, und dürfte wahrscheinlich die beabsichtigte Erholungsreise bis über die Feiertage verlagert werden.

G. C. Die heute von mehreren Blättern gebrachte Mittheilung, daß eine von Sr. Excellenz dem Herrn Kriegsminister Grafen Degenfeld angebotene Demission Allerhöchsten Orts angenommen und auch dessen Nachfolger bereits ernannt worden sei, bedarf jedenfalls noch einer weiteren Bestätigung. In den berufenen Kreisen, in welchen uns zu erkundigen wir Gelegenheit nahmen, war von obigen Gerüchten nichts bekannt. Als Thatsache bezeichnete man uns nur die bevorstehende Abreise Sr. Excellenz des Herrn Kriegsministers nach Cairo und seine Stellvertretung für die Dauer seiner Abwesenheit durch den Herrn Abtats J. M. Freiherrn v. Mertens.

Die Reichsraths-Abgeordneten: Reichenauer, Brinz, v. Mühlfeld, Groß, Haun, Fleck, Wieninger, Dabon, Wenisch und Riese-Stallburg sind zu dem deutschen Abgeordnetentage nach Frankfurt abgereist. Die Zahl der Teilnehmer, denen sich wohl noch Landtags-Abgeordnete aus den deutsch-österreichischen Kronländern anschließen werden, wäre unstreitig größer ausgefallen, wenn nicht Gesundheitsrückichten und andere dringende Verhältnisse Viele von der Reise abgehalten hätten.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses findet Dienstag den 22. December, um 11 Uhr Vormittags statt.

Wie bereits telegraphisch gemeldet, nimmt Herzog Karl Theodor in Baiern, Bruder Ihrer Majestät der Kaiserin, als Volontär an der Bundesexekution Theil. Derselbe ist am 17. nach Dresden abgereist um von dort dann zusammen mit dem Kronprinzen von Sachsen, welcher ein Kommando bei den sächsischen Bundesstruppen führen wird, nach Holstein abzugehen.

Bei der Verlosung der Ofener Lose wurden folgende größere Treffer gezogen: Nr. 26.178 gewinnt 30.000 fl.; Nr. 31.209 gewinnt 1000 fl.; Nr. 5769, 11.475, 14.570, 17.564 und 48.554 gewinnen je 200 fl.; Nr. 1654, 5325, 9842, 13.407, 14.303, 15.362, 18.497, 21.123, 24.344, 26.969, 27.887, 30.608, 32.490, 33.654, 43.075, 49.718, 49.855, 49.953 gewinnen je 100 fl.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

München, 19. December. Die „Bayerische Ztg.“ veröffentlicht ein Handschreiben des Königs an den Minister des Aeußeren Freiherrn v. Schrenk, dd. 17. December, in welchem der König die bisherige Politik des Ministeriums billigt, den Protest gegen das Londoner Protokoll entschieden wiederholt, die Erbansprüche des Herzogs von Augustenburg für rechtlich begründet erachtet und seine Bereitwilligkeit

für die Durchführung der hiedurch bedingten Politik und das Einsehen für die Rechte des Herzogthums und Deutschlands erklärt. Der König hofft die Zustimmung aller Besonnenen, wenn er, seiner Bundespflicht getreu, dieß Ziel beim Bunde und durch den Bund anstrebt.

Frankfurt, 18. December (Abends). Der gesetzgebende Körper beschloß, den Senat zu ersuchen, für die Anleihe des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein hunderttausend Thaler aus Staatsmitteln zu zeichnen.

Berlin, 19. December. Die Gerüchte über eine Ministerkrise sind unbegründet. Bismarck bleibt und der König wird die Adress-Deputation nicht empfangen. Feldmarschall Wrangel hat formell das Oberkommando über die gesammte deutsche Expedition's-Armee erhalten. (Pr.)

Gotha, 18. December (Abends). Sicherem Vernehmen nach soll der Herzog Ernst in Folge mehrfacher Aufforderungen seine Bereitwilligkeit erklärt haben, dem zu bildenden Centralcomité für Schleswig-Holstein beizutreten, um die Vermittlung zwischen der nationalen Bewegung der Regierungen und dem Herzog von Schleswig-Holstein zu übernehmen.

Hamburg, 19. December. Aus Kopenhagen wird gemeldet, Minister Hall soll Lord Wodehouse statt der Aufhebung oder Suspension der November-Verfassung die Abänderung der Schlußparagraphe mit dem Modus, „daß der König den Zeitpunkt für das Inkrafttreten zu bestimmen habe“, angeboten haben.

Paris, 18. December (Nachts). Der Senat hat die Adresse angenommen. Ueber Polen sprachen nur Bonjean und Baron Dupin, welcher letzterer sich gegen einen Krieg zu Gunsten Polens erklärte.

Paris, 19. December. Fürst Metternich hat dem Minister des Aeußeren eine neue Depesche des Grafen Rechberg mitgetheilt, in welcher Oesterreich den Beitritt zum Kongreß definitiv verweigert.

Das „Mémorial diplomatique“ meldet: Die dänischen Truppen werden vor den Bundesstruppen Holstein räumen, aber sich in solcher Weise zurückziehen, daß die Distanz zwischen ihnen und der Vorhut der Bundesarmee nie mehr als drei Meilen beträgt. Die Dänen halten dieß zur Verhinderung eines Freischaaeren-Einfalles (!) für nothwendig.

Die dänischen Truppen haben Befehl, ihre Vorposten einige Meilen weit hinter Rendsburg und Friedrichstadt zurückzuziehen, und dießseits des Dannewirke, der eigentlichen Vertheidigungslinie des Landes, sich aufzustellen. (Pr.)

Brüssel, 19. Dec. Pariser Berichte melden: Man trifft Vorbereitungen zur Aufnahme des Kongresses (!) und sagt, daß Fould bereits beauftragt ist, sich für die Bewirthung der Souveräne einen Kredit bewilligen zu lassen (!). (Pr.)

Neueste Ueberlandpost.

Dieselbe enthält Nachrichten aus **Calcutta**, 21., **Bombay**, 28. November. Der indische Oberbefehlshaber Sir Hugh Rose begibt sich auf den Kriegsschauplatz an der Nordwestgrenze.

Aus **Alexandrien**, 11. December, bringt dieselbe folgende Meldung: Die Invasion Jemens durch den Stamm Assia bestätigt sich; derselbe hat sich der Stadt Abu Arich und Hedebas bemächtigt, wo sich große Kaffeevorräthe befinden.

Markt- und Geschäftsbericht.

Salzbach, 19. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 6 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh, 50 Wagen und 4 Schiffe mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. 5.26 (Magazin-Preis fl. 5.70); Korn fl. — (Mg. Pr. fl. 3.35); Gerste fl. — (Mg. Pr. fl. 2.92); Hafer fl. — (Mg. Pr. fl. 2.30); Halbfucht fl. 3.33 (Mg. Pr. fl. 3.82); Heiden fl. — (Mg. Pr. fl. 2.57); Hirse fl. 2.92 (Mg. Pr. fl. 2.87); Kukuruz fl. — (Mg. Pr. fl. 3.62); Erdäpfel fl. 1.40 (Mg. Pr. fl. —); Linsen fl. 4.20 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Fisolten fl. 4.50 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund kr. 60, Schweineschmalz kr. 39; Speck, frisch kr. 27, detto geräuchert kr. 39; Butter kr. 55; Eier pr. Stück pr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 19, Schweinefleisch kr. 21, Schöpfensfleisch kr. —; Schändel pr. Stück kr. 25, Tauben kr. 14; Hen pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh kr. 70—90; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mg. Pr.) rother, pr. Eimer fl. 10 bis 14.

Theater.

Heute Montag: Benefice des Hrn. Morion: **Vicomte von Létorières**. Lustspiel in 3 Akten. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag geschlossen der Normaltage wegen.

Börsenbericht. Wien 19. Dezember (Br. Jtg. Abbl. Mittags 1 1/2 Uhr.) Die Börse verlief in guter Stimmung, die sich jedoch zumeist nur in der Besserung der Valuta ausdrückte, während dem Steigen der Papiere eine fühlbare Geldklemme hinderlich entgegentrat. Indessen besserten sich doch Metalliques und National-Anleihen um mehrere Schötel, auch 1860er-Lose und Grundentlastungs-Obligationen schlossen fest, Nordbahn-Aktien stiegen um mehr als 1%, Creditlose um 1/10%, die meisten übrigen Papiere hingegen behaupteten jedoch nur mühsam und annähernd die gestrigen Positionen. Wechsel auf fremde Plätze gingen unter vielfachem Angebot um 1/10 bis 1/20% zurück, in dem gleichen Verhältnisse waren Gold und Silber billiger ausgedoten.

Verrentliche Schuld.				Weid Ware				Weid Ware			
A. des Staates (für 100 fl.)				Salz. Karl-Ludw. Bahn z. 200 fl.				Salz			
In österr. Währung	zu 5%	68.50	68.60	Ö. M. mit Einzahlung.	118.	199.50		zu 40 fl. C. M.	35.75	36.25	
5% Anleih. v. 1861 mit Rückz.	1/100	96.20		Ö. M. mit Einzahlung.	428.	430.		zu 40 fl. C. M.	33.75	34.25	
ditto ohne Abschritt 1863%				Ö. M. mit Einzahlung.	232.	232.		zu 40 fl. C. M.	32.25	32.75	
National-Anleihen mit				Ö. M. mit Einzahlung.	415.	429.		zu 40 fl. C. M.	33.50	34.	
Jänner-Coupons	5%	79.85	79.90	Ö. M. mit Einzahlung.	392.	394.		zu 40 fl. C. M.	19.50	20.	
National-Anleihen mit				Ö. M. mit Einzahlung.	154.50	155.		zu 40 fl. C. M.	20.	20.50	
April-Coupons	5%	79.60	79.70	Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.	15.25	15.50	
Metalliques	5%	72.80	72.90	Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
ditto mit Mai-Coup.	4 1/2%	72.90	73.	Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
ditto	5%	64.50	64.75	Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
mit Verlosung v. Jahre 1839	142.	142.		Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
1854	92.75	93.		Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
1860 zu	92.40	92.50		Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
zu 100 fl.	93.50	94.		Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
Como = Rentenich. zu 42 L. austr.	18.25	18.50		Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
Grundentlastungs-Obligationen.				Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			
Nieder-Österreich	zu 5%	87.50	88.	Ö. M. mit Einzahlung.				zu 40 fl. C. M.			

Lottoziehung vom 19. Dezember.

Triest: 2 4 18 73 35.

Fremden-Anzeige.

Den 18. December 1863.

Hr. Baron Roschitz, Ortsbesitzer, von Neuborf.
— Hr. Kraus, Fabrikant, von Ofegg. — Hr. Sim,
Großhändler, von Wien. — Hr. Gutef, Doctorand
der Rechte, von Grafenbrunn.

3. 2545. (3) Nr. 6439.

E d i f t.

Nachdem sich zu der, mit dem Edikte vom
17. Oktober 1863, 3. 5433, auf den 7. De-
cember 1863 angeordneten Tagssatzung zur Feil-
bietung des, dem Herrn Blas Ternikar ge-
hörigen, auf 5600 fl. 70 kr. geschätzten Hauses
in der St. Peters = Vorstadt Nr. 64 hier kein
Kauflustiger gemeldet hat, so kommt es zu dem
zweiten, mit obigem Edikte auf den 11. Jänner
1864 angeordneten Feilbietungstermine.

K. k. Landesgericht Laibach am 10. De-
cember 1863.

3. 2500. (3) Nr. 5997.

E d i f t.

Von dem k. k. Bezirksamte Feistritz, als Gericht,
wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über Ansuchen des Johann Tomischitz von
Feistritz, gegen Johann Streimberger von Verbos
wegen schuldiger 85 fl. 57 1/2 kr. C. M. c. s. c.,
in die executive öffentliche Versteigerung der, dem
Erstern gebörigen, im Grundbuche der Herrschaft
Adelsberg sub Urb. Nr. 652 vorkommenden, in Verbos
Nr. 16 gelegenen Halbhuhe, im gerichtlich erbobenen
Schätzungswerte von 2837 fl. C. M. gewilliget,
und zur Vornahme derselben die dritte executive Real-
Feilbietungs-Tagssatzung auf den 15. Jänner 1864,
Bormittags um 9 Uhr, im hiesigen Amtssale mit
dem Antrage bestimmt worden, daß die feilzubietende
Realität auch unter dem Schätzungswerte an den
Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsvertracht
und die Visitationsbedingungen können bei diesem Gerichte
in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 7.
November 1863.

3. 2540. (3)

Kundmachung.

**Eine Mühle und Mägel - Fabrik nebst
bequemem Wiesen - Grunde,**

gelegen in Eisern,

neu aufgebaut, mit 5 Wohnzimmern und feuerficher
eingedeckt, mit einem beständigen Wasser ohne jedem
Hinderniß ist zum Verkaufe angetragen.

Der Plan sammt Verkaufsbedingungen sind im
Comptoir der „Laibacher Zeitung“ einzusehen, und
werden auch von diesem Comptoir auf frankirte An-
fragen die nöthigen Auskünfte erteilt.

3. 2553. (2)

Zu verkaufen

ein Paar vollkommen gesunde, sehr gut brauchbare, 16
Faß und darüber hohe Zugpferde; dann ein sehr gutes,
gleichfalls über 16 Faß hohes Reitpferd, welches auch
als Wagenpferd sehr gut zu verwenden sein wird.

Näheres zu erfragen: am Jakoböplage, im Gast-
hause „zur Sternwarte“

Das Stück 60 kr. bis 10 fl.

3. 2575 (1)

Zu

Fest- und Weihnachts-Geschenken Gyps-Figuren.

(eine neue Sendung)

in Auswahl, weisse und bronzirte, das Stück
von 60 kr. bis 10 fl.,

Gewinnste für Haus- und Kinder-Combola

in Cartons à 12 Gewinnste für 2 Spiele,
das Spiel mit 2 Ambo, 1 Terno, 1 Quarternio, 1 Quaternio und 1 Tombola,
Preis 1 fl. 50 kr., 2 fl., 3 fl. und 4 fl. pr. Carton,
empfiehlt zur geneigten Abnahme

Johann Giontini in Laibach.

Das Stück 60 kr. bis 10 fl.

3. 2573. (1)

Das Neueste

von

in - und ausländischen Galanterie-Gegenständen

zu

Weihnachts- und Neujahrs-Geschenken

empfiehlt das

GALANTERIE- & NÜRNBERGER-WAARENGESCHÄFT

des

Anton Krisper,

Hauptplatz Nr. 264.

3. 2586. (1)

Wiener Strasse
im
Schaffer'schen Hause.

Grosse Ausstellung

Zur goldenen
Schaufel.

von

Galanterie- und Kinderspiel - Waaren

für

Festgeschenke, Tombola's und Schützenbeste.

Nebst prachtvollen Photographie-Albuns und Rahmen, Damentaschen, Cigarren, Brief-
und Geldtaschen, Meerscham-Cigarrenröhren, neuesten Herren-Salbinden, Necessaires &
Chatullen, Bronze-Waaren, Chinasilber-Löffel und Bestecke re. biete ich dem verehrten Pu-
blikum als besonders schöne Festgabe die eben angekommenen, farbig lackirten, freistehenden

Blechlandschaften mit lebender Wasserkraft

an, die eine sehr hübsche und dabei erfrischende Zimmerterde gewähren. Außer diesem bin ich in der Lage,
durch eine nie dagewesene große Auswahl von

Kinderspiel - Waaren,

zum Preise von 3 kr. bis 20 fl. pr. Stück, jeder Anforderung bestens zu entsprechen, und mache zu ge-
neigtem Zuspruche meine ergebenste Einladung

Andreas Schreyer.